Alice Weidel: Immer mehr Menschen wenden sich von Angela Merkel ab

Lebendige Oppositionskraft

Berlin, 1. September 2017. Zu den steigenden AfD-Umfragewerten erklärt AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel: "Merkel im Sinkflug! Die Asyl-Kanzlerin hat binnen Wochen fast sieben Prozent eingebüßt. Je näher die Schicksalswahl rückt, desto deutlicher erkennen die Menschen in Deutschland, dass ein naives ?Weiter so!? nicht funktionieren kann.

Das ?Weiter so!? bezieht sich nicht nur auf die offenen Grenzen und das Asyl-Chaos. Es gilt mittlerweile auch für die Autoindustrie, die kalte Progression, die Nullzinspolitik, die unsere Ersparnisse auffrisst und für die steigende Terrorgefahr durch Zuwanderung.

Merkel ist überhaupt nicht gut für unsere persönliche Zukunft, genausowenig wie für das ganze Land. Immer mehr Wähler haben erkannt, dass einzig und allein die AfD für einen komplett anderen Kurs steht und diese gescheiterte Politik von Angela Merkel korrigieren wird.

Ziel ist es, als Oppositionsführer im Bundestag die Altparteien vor uns her zu treiben, um das Ruder in diesem Land in letzter Sekunde noch einmal herumzureißen."

www.afdtelevision.de

Alice Weidel: SPD-Politikerin Aydan Özo?uz ist ein Schandfleck für Deutschland
www.youtube.com/watch?v=MG5_7sZMBnM

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

https://afd.de/presse/
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

https://afd.de
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild